

Prof. Birg (links) und Prof. Mayer vor der deutschen Alterspyramide in der Ausstellung „Die demografische Chance“. Sie war bis zum 7. April in Berlin zu sehen und wechselt jetzt nach Mainz, Dresden, Bochum, Bremerhaven und München.



Wenn Deutschland vergreist

DEMOGRAFISCHER WANDEL Deutschland vergreist – heißt es allenthalben, denn seit 1972 weist die Bundesrepublik mehr Sterbefälle als Geburten auf. Nach Japan hat sie bereits heute die zweitälteste Bevölkerung der Welt. Bis 2060 wird die Einwohnerzahl um 12 bis 17 Millionen sinken. Was bedeutet das für die Zukunft? Darüber stritten der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg und der Soziologe Karl Ulrich Mayer. Das Gespräch moderierte Karsten Huhn.



idea: Herr Prof. Birg, Herr Prof. Mayer, ist der demografische Wandel eine Chance oder eine Bedrohung?

Mayer: Beides! Wir erleben eine massive, langfristige Veränderung. Das birgt Risiken, etwa bei den Rentenzahlungen, aber auch Chancen. Denn der demografische Wandel beschleunigt Veränderungen, die ohnehin auf der Tagesordnung standen: Ältere werden seltener frühverrentet und können länger arbeiten, Frauen können künftig Beruf und Familie besser verbinden, und auch für Migranten gibt es bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die fünf demografischen Risiken und Plagen

Birg: Mit dieser Logik könnte man auch das Flächenbombardement im Zweiten Weltkrieg als große Chance für den Wiederaufbau bezeichnen. Ich sehe die demografische Entwicklung völlig anders: Es gibt fünf Risiken, fünf demografische „Plagen“: 1. den Generationenkonflikt zwischen der steigenden Zahl der alten und der schrump-

fenden Zahl junger Menschen; 2. den Verteilungskonflikt zwischen Kinderlosen und Eltern – 25 % der Frauen bleiben zeitlebens kinderlos; 3. den Konflikt zwischen sich entleerenden Regionen, vor allem in den neuen Bundesländern, und Ballungsgebieten, die vom Zuzug junger Menschen profitieren; 4. den Konflikt zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund: Durch Zuwanderung und höhere Geburtenraten werden Migranten in immer mehr Städten bei den unter 40-Jährigen die Mehrheit haben und die rechtlichen und kulturellen Standards unseres Landes beeinflussen; 5. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft sich aufgrund der demografischen Entwicklung. So brach in Griechenland die Finanzkrise aus, weil die Banken erkannten, dass die Schulden Griechenlands von den nicht geborenen Griechen nicht zurückgezahlt werden können und Pensionsverpflichtungen nicht erfüllbar sind. Dieses Problem besteht in der ganzen Eurozone, einschließlich Deutschland.

Die fünf Konflikte sind lösbar

Mayer: Ich halte die von Ihnen genannten Konflikte für lösbar. 1. Alle Umfragen zeigen, dass der Konflikt zwischen Älteren und Jüngeren gering ist, nicht zuletzt deshalb, weil Großeltern sich um ihre Enkel kümmern. 2. Die Zwei-Kinder-Familie ist über die Generationen hinweg relativ konstant. Jede neue Generation besteht also aus Menschen, die familiär orientiert sind. Dagegen kann das Verhalten der Kinderlosigkeit nicht an die nächste Generation weitergegeben werden. 3. Die Entleerung ländlicher Gebiete in Ostdeutschland ist weniger auf Geburtenmangel, sondern vor allem auf den Zusammenbruch der dortigen Industrie zurückzuführen. 4. Deutschland hat erkannt, dass es mehr tun muss, um Migranten zu integrieren. Ich gehe davon aus, dass sich die Berufschancen von Migranten künftig verbessern. 5. Dass die Finanzkrise Ergebnis einer demografischen Krise sei, höre ich zum ersten Mal. Allerdings: Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Wahrnehmung von Investoren, dass eine alternde Gesellschaft ein Problem sei, wichtiger ist als die ökonomischen Daten selbst.

Unser Sozialstaat ist extrem ungerecht

Birg: Was Sie verdrängen: Die Alterung ist auf Jahrzehnte hinaus irreversibel, und ihre Hauptursache ist die niedrige Geburtenrate, nicht die erfreulicherweise hohe und steigende Lebenserwartung. Zugleich ist unser Sozialstaat extrem ungerecht: Gerade die Frauen, die zum Beispiel fünf Kinder bekommen, diese exzellent ausbilden und dadurch für Rentenbeiträge zur Finanzierung anderer Ruheständler sorgen, werden dafür mit einer Minirente bestraft, weil sie nicht gleichzeitig auch noch erwerbstätig sein konnten. Die Politik ignoriert diesen verfassungswidrigen Zustand, obwohl das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen eine Änderung gefordert hat. Seit neuestem täuscht die Politik die Öffentlichkeit mit teuren Kampagnen. Ein Beispiel ist Ihre Ausstellung. Hier finden sich auf Texttafeln nachlesbare haarsträubende Falschaussagen, die im Gegensatz zu den Erkenntnissen der mathematischen Populationsdynamik stehen. Ich gehe davon aus, dass sie nur auf Unkenntnis oder Schludrigkeit und nicht auf Schlimmerem beruhen.

Mayer: Die Geburtenrate steigt leicht und liegt derzeit bei 1,6.

Birg: Das stand zwar so in der Zeitung, es stimmt aber nicht.

Mayer: Diese Zahl stammt vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und ist richtig.

Birg: Diese Berechnungen beruhen auf Annahmen über das Verhalten der Geburtsjahrgänge in der Zukunft. Die Annahmen sind meines Erachtens nicht begründet.

Und was können wir tun?

Mayer: Sie beklagen die Geburtenentwicklung und deren Folgen. Wir sollten uns aber fragen, was wir tun können. Ich halte es zum Beispiel für plausibel, dass wir mit dem

flächendeckenden Angebot von Kindertagesstätten und mit Ganztagschulen viel bewirken können.

Kann die Bundesregierung ihren Bürgern befehlen: „Kriegt mehr Kinder!“?

Birg: Das ist eine alberne Frage! Es braucht die Einsicht der Bürger, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, für Nachwuchs zu sorgen. Die Bundesregierung selbst will die Geburtenrate aber gar nicht beeinflussen. Sie verhält sich wie ein Ruderer, der sein Boot bewusst nicht steuert und abwartet, wo ihn der Wind hintreibt – und das als eine „Chance“ versteht.

Mayer: Der Ausbau der Kindertagesstätten ist doch massiv!

Birg: Ja, auf dem Papier.

Mayer: Der Kita-Platz ist für Eltern einklagbar.

Birg: Es gibt wichtigere Maßnahmen, die endlich auf die Tagesordnung gehören: etwa die Urteile des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, um Familiengerechtigkeit herzustellen. Dazu gehört etwa eine gerechtere Anerkennung von Erziehungszeiten in der Renten- und Pflegeversicherung. Zudem sollten Familie und Beruf besser vereinbar sein. Außerdem sollten bei der Vergabe von Arbeitsplätzen bei gleicher Qualifikation Eltern gegenüber Kinderlosen vorgezogen werden.

Mayer: Das widerspricht dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes.

Birg: Nein, gegen das Grundgesetz verstößt die jetzige Regelung, denn sie behandelt Ungleiches, nämlich Kinderlose und Eltern, gleich.

Für ein Familienwahlrecht

Mayer: Ich glaube nicht, dass man Arbeitgeber dazu zwingen kann, Mütter zu bevorzugen. Aufgrund der Knappheit von Arbeitskräften haben die Arbeitgeber aber bereits erkannt, dass sie die Mütter brauchen. Das hat bereits zur Gründung von Betriebskindergärten und zu flexibleren Arbeitszeiten geführt.

Birg: Wir sollten überlegen, ein Familienwahlrecht einzuführen, bei dem Eltern eine Stimme für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder abgeben können. Leider gibt es



Das wäre die Lösung: Familien mit Kindern sorgen dafür, dass Deutschland nicht weiter vergeist.

dafür momentan noch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Mayer: Es geht viel einfacher: Wir könnten das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting ersetzen, das bei der Besteuerung die Zahl der Kinder stärker berücksichtigt.

Birg: Einverstanden! Im Moment sind jedoch von allen familienfördernden Maßnahmen erst 5% umgesetzt – obwohl die Wissenschaftler seit 40 Jahren zum Handeln drängen. Die Politik hat die Probleme jahrzehntelang wider besseres Wissen geleugnet. Nachdem der Schwindel aufflog, verkauft sie sie als „Chance“.

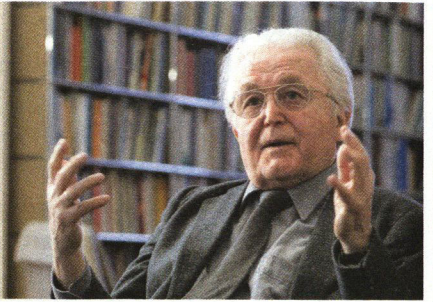
Mayer: Sicher ist es wichtig, auf die demografische Veränderung zu schauen. Sie ist aber nicht die einzige Wirkkraft, mit der wir es zu tun haben. Zum Beispiel war die Deutsche Einheit eine große zusätzliche Belastung für die Sozialkassen – sie wurde aber erfolgreich bewältigt. Auch wenn die künftige Bevölkerungsentwicklung recht gut prognostizierbar ist, sind die Folgen weit weniger festgelegt.

Wir leben länger und gesünder

In der von Herrn Mayer konzipierten Ausstellung „Die demografische Chance“ heißt es: Wir leben länger, gesünder und vielfältiger. Herr Birg, was haben Sie dagegen einzuwenden?

Birg: Gar nichts. Aber die wichtigste Aussage zum demografischen Wandel kommt in der Ausstellung überhaupt nicht vor: Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem die ideale Wunschkindzahl bei einem Durchschnitt von 1,7 liegt, und zwar selbst unter der Voraussetzung, dass der Staat alle Forderungen für die Unterstützung der Familien erfüllt. In dieser Gesellschaft ist der Wunsch nach

Herwig Birg (Berlin) ist Professor für Bevölkerungswissenschaft und war Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.
www.herwig-birg.de



Kindern mehr und mehr abhandengekommen. Viele Maßnahmen zur Geburtenförderung würden deshalb ins Leere gehen. Die Leistungen der Eltern und Familien müssten öffentlich viel mehr Anerkennung finden.

Herr Mayer, Herr Birg wirft Ihnen vor, Ihre Ausstellung betreibe „Propaganda, eine Art Gegen-Aufklärung, finanziert mit öffentlichen Mitteln“.

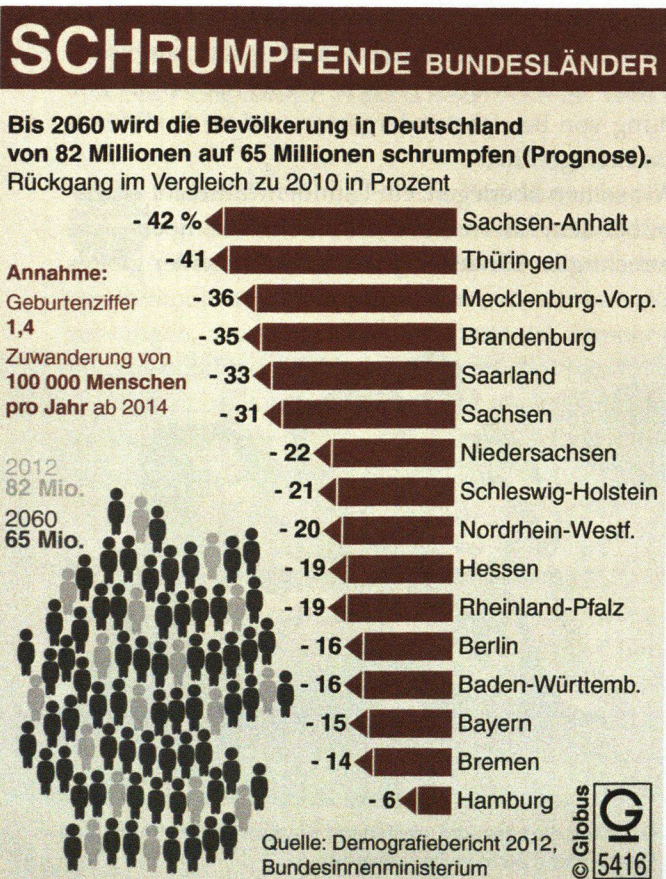
Mayer: Das weise ich zurück. Richtig ist, dass sich die Politik lange Zeit um die demografische Entwicklung nicht gekümmert hat und zum Teil kontraproduktiv gehandelt hat, etwa indem sie die Frühverrentung gefördert hat. Richtig ist auch, dass die Geburtenrate nicht deutlich höher wäre, wenn es mehr familienpolitische Leistungen gäbe.

Birg: Die Ungerechtigkeit bei der Renten- und der Pflegeversicherung ist doch erwiesen. Würde das endlich geändert, könnten Eltern wieder daran glauben, dass Kinder tatsächlich die Zukunft unserer Gesellschaft sind.

Mayer: Entscheidend ist, wie optimistisch Menschen in die Zukunft schauen – nur dann werden Familien gegründet und Kinder geboren. Das kann die Politik unterstützen, aber steuern kann sie es nur in geringem Maße. Im Wesentlichen geht es jetzt darum, dass sich die Gesellschaft an die Bevölkerungsentwicklung anpassen muss, zum Beispiel durch ein höheres Rentenalter.

Arme deutsche Wirtschaft?

Birg: Dass Anpassungen erforderlich sind, bestreitet kein Mensch. Aber das genügt nicht, gleichzeitig muss die Politik endlich die Ursachen der Bevölkerungsschrumpfung und des permanenten Geburtenrückgangs in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass der Abwärtstrend aufhört. Wir sind mittendrin in einem Dominospiel: Wenn der erste Stein gefallen ist, kann man lange über die Gründe dafür streiten. Aber banalerweise fällt der zweite Stein, weil der erste gefallen ist, und der dritte folgt auf den zweiten. Wenn die Geburtenzahl schrumpft, ist auch die nächste Elterngeneration kleiner, was wiederum zu weniger Geburten führt. Diese Schrumpfungautomatik setzt sich im 21. Jahrhundert fort. Selbst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatten wir wesentlich mehr Geburten als heute, obwohl es den Menschen damals deutlich schlechter ging als uns. Wie nicht anders zu erwarten, führt die demografische Entwicklung zu einer schweren Wirtschaftskrise, nicht nur zur Finanzkrise. Demografie und Ökonomie sind siamesische Zwillinge. Unter den G20-Ländern hatte



Deutschland aufgrund seiner demografischen Entwicklung in den letzten 40 Jahren das niedrigste Wirtschaftswachstum – Tendenz weiter abnehmend.

Helfen 190 Millionen Einwanderer?

Kann mehr Zuwanderung unsere Probleme lösen?

Birg: Zuwanderung ist dann sinnvoll, wenn sie mehr Probleme löst als schafft.

Mayer: Richtig.

Birg: Allerdings kann das Alterungsproblem in Deutschland nicht durch Zuwanderung gelöst werden – dafür bräuchten wir nach Berechnungen der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2050 190 Millionen Einwanderer netto.

Mayer: Wir haben bisher zu wenig dafür getan, um qualifizierte Zuwanderer zu bekommen. Ein Beispiel: Wenn ausländische Doktoranden nach ihrer Promotion weiter bei uns in der Leibniz-Gemeinschaft arbeiten wollen, können sie das häufig nicht, weil die Aufenthaltsgenehmigung an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden ist. Deutschland ist leider kein Land, das Fremde mit offenen Armen aufnimmt. Grundsätzlich ist Deutschland für Zuwanderer aber eine sehr attraktive Gesellschaft. Wir hatten in den letzten Jahren netto etwa 300.000 Zuwanderer pro Jahr – da wäre sicher noch mehr möglich. Und anders als Sie, Herr Birg, sehe ich Zuwanderung nicht als Bedrohung. Mehr Zuwanderung kann unsere Probleme mindern.

Wenn Ausländer unsere Probleme lösen sollen

Birg: Wenn Zuwanderer unsere Probleme lösen sollen, können sie nicht gleichzeitig auch noch die Probleme ihrer Herkunftsländer lösen. Ein spanischer Zuwanderer, der in Deutschland arbeitet und in die Rentenkasse einzahlt, kann dies nicht gleichzeitig auch noch in Spanien tun. Er hat aber auch Eltern in Spanien! Und eine polnische Pflegekraft, die in Deutschland tätig ist, hat ebenfalls Verwandte zu Hause. Aber wir Deutschen haben keine Hemmungen, unsere Probleme auf Kosten anderer Länder lösen zu wollen. Wir beanspruchen im internationalen Wettbewerb die am besten ausgebildeten Mitarbeiter – und das zum Nulltarif. Das ist weder eine nachhaltige noch eine moralisch vertretbare Politik, es ist schlicht demografischer Kolonialismus.

Mayer: Die Entscheidung, ob jemand in Deutschland arbeiten will, liegt beim Einzelnen ...

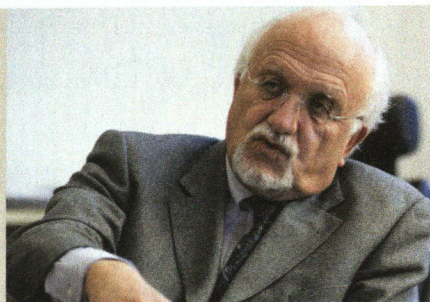
Birg: ... und bei unseren Einwanderungsgesetzen.

Mayer: Gleichzeitig wandern aber auch viele hochqualifizierte junge Deutsche ins Ausland ab. Migration ist also keine Einbahnstraße.

Birg: Einverstanden. Dennoch ist Deutschland ein Einwanderungsland – und auf Dauer können wir unser Probleme nicht zulasten anderer Länder zu lösen versuchen. Stattdessen sollten wir das tun, was sich gehört: für die eigenen Eltern sorgen und für eigene Kinder.

Herr Mayer, woher kommt Ihr Optimismus mit Blick auf die demografische Entwicklung?

Karl Ulrich Mayer (Berlin) ist Professor für Soziologie und Präsident der Leibniz-Gemeinschaft. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern.
www.demografische-chance.de



Mayer: Gesellschaften sind in hohem Maße anpassungsfähig. In den 60er Jahren haben sich unsere Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten und der Arbeitsmarkt an den Babyboom angepasst – das war zum Teil schwerer zu bewältigen als die Probleme heute. Wir haben das damals gut bewältigt, und ich denke, das wird uns auch in Zukunft gelingen.

Kanzlerin, leg die Fakten auf den Tisch!

Im Mai lädt Bundeskanzlerin Angela Merkel zum zweiten Demografie Gipfel. Was würden Sie ihr raten?

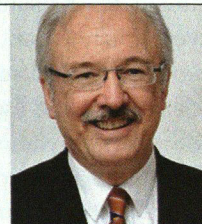
Birg: Sie sollte die Bevölkerung nicht länger in die Irre führen, sondern die Fakten auf den Tisch legen: Deutschland schrumpft, und Zuwanderung ist nicht die Lösung. Deutschland gewinnt keineswegs an Vielfalt, es wird älter, angepasster, eintöniger, ärmer und ungerechter.

Mayer: Durch kluge Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik kann die Bundesregierung viel dazu beitragen, dass auch eine schrumpfende und alternde Gesellschaft lebenswert bleibt.
Vielen Dank für das Gespräch!

Helfen Zuwanderer in jedem Fall?

Beispiel Ärzte: Mehr als verdoppelt hat sich in den letzten 10 Jahren die Zahl der ausländischen Ärzte in Deutschland. 2012 gab es laut Bundesärztekammer 32.548 ausgebildete ausländische Mediziner (2002 waren 16.160 gemeldet), von denen die meisten in Krankenhäusern tätig sind.

Über ein Drittel stammt aus Osteuropa, allein 2.910 kommen aus Rumänien. Laut Medienberichten haben sich mangelnde Deutschkenntnisse als Hauptproblem erwiesen. Dazu meint der Vorsitzende einer der größten Ärztevereinigungen, des Marburger Bundes, **Rudolf Henke:** „Es reicht nicht, wenn ein Arzt im Nachtdienst eine Pizza bestellen kann.“ Immer häufiger wird von Behandlungsfehlern berichtet, weil man einander nicht versteht.



Rudolf Henke